



Medienmitteilung

Zürich, 21. Januar 2022

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 24. Januar 2022

Fokusthema: **Gesundheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach der Diskussion über die Antworten des Regierungsrates zu zwei dringlichen Interpellationen definitiv über fünf parlamentarische Initiativen entscheiden betreffend Kosten der COVID-19-Verordnung, Tierversuche und Aertzefon. Dazwischen steht die Abschreibung eines Postulates zur Finanzierung der Gerontopsychiatrie in Heimen an. Sollte vor Sitzungsende noch Zeit verbleiben, wird der Rat weitere Vorstösse behandeln, welche die Gesundheitsdirektion betreffen.

Dringliche Interpellationen zu Stipendien und Tiefenlager

Zu Beginn der Sitzung werden Bildungsdirektorin Silvia Steiner und Baudirektor Martin Neukom die Antworten zu zwei dringlichen Interpellationen im Kantonsrat vorlesen. Zuerst geht es um Fragen zur Dauer der Bearbeitung von Stipendiengesuchen (KR-Nr. 437/2021). SP-Kantonsrätin Sibylle Marti will mit Unterstützung von Grünen und AL vom Regierungsrat unter anderem wissen, wie er sich dazu stellt, dass stipendienberechtigte Personen aufgrund der langen Bearbeitungsdauer in die Sozialhilfe gedrängt würden. Bei der zweiten Interpellation geht es um den Nutzungskonflikt zwischen Atommüll-Tiefenlagern und Tiefengrundwasser ([KR-Nr. 438/2021](#)). SP-Kantonsrat Markus Späth möchte, unterstützt von GLP, Grünen und AL, wissen, wie die Regierung sicherstellen will, dass der Standortentscheid für atomare Tiefenlager erst getroffen wird, wenn die Nutzungskonflikte sorgfältig und für alle drei noch verbleibenden Standortgebiete gleich umfassend geklärt worden sind. Mit der Diskussion im Rat sind die beiden Geschäfte erledigt.

Sibylle Marti (SP, Zürich), 078 850 83 19

Markus Späth (SP, Feuerthalen), 079 620 33 91

Bund soll sich an Kosten der Spitäler wegen COVID-19-Verordnung beteiligen

Soll sich der Bund an den durch seine COVID-19-Verordnung 2 verursachten Kosten und Ertragsausfällen der Spitäler und Kliniken angemessen beteiligen? Ja, findet die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) und beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 4 Stimmen, beim Bund eine Standesinitiative mit dieser Forderung einzureichen ([KR-Nr. 298/2020](#)). Die KSSG unterstützt damit eine parlamentarische Initiative (PI) von GLP-Kantonsrat Ronald Alder. Die COVID-19-Verordnung 2 verbot den Gesundheitseinrichtungen nicht dringend angezeigte medizinische Eingriffe und Therapien, um die Kapazitäten für die Aufnahme von COVID-19-Patientinnen und -Patienten sicherzustellen. Die Mehrheit der Kommission will mit der Standesinitiative die Verhandlungsposition des Kantons gegenüber dem Bund stärken und ein Zeichen setzen. Eine Minderheit aus Grünen und einem Teil der SP lehnt die PI ab wegen der bisher geleisteten Unterstützung des Bundes in vielen anderen Bereichen während der Corona-Pandemie. Eine weitere Minderheit (Mitte) lehnt die PI ab, weil sie davon ausgeht, dass bei einer Annahme der Standesinitiative die Kosten für den Kanton Zürich aufgrund des Finanzausgleichs sogar höher ausfallen könnten, da er als Geberkanton indirekt auch die Spitäler der anderen Kantone unterstützen müsste.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

Minderheit SP/Grüne: Nora Bussmann (Grüne, Zürich), 079 655 87 80

Minderheit Mitte: Lorenz Schmid (Die Mitte, Männedorf), 079 923 13 10

Rekursrecht bei Tierversuchen soll nicht geändert werden

SVP-Kantonsrat Claudio Schmid möchte, dass das Einlegen von Rekursen oder Beschwerden gegen die Bewilligung von Tierversuchen erschwert wird. Derzeit braucht es dazu lediglich die Stimmen von 3 der 11 Mitglieder der Tierversuchskommission (TVK). Neu – so Schmid – soll ein Rekurs oder eine Beschwerde nur noch möglich sein, wenn die Mehrheit der TVK dies fordert. Auslöser der Initiative war ein Primatenversuch, der aufgrund eines solchen Minderheits-Rekurses über mehrere Jahre hinweg blockiert war. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 14 zu 1 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 230/2018](#)). Sie kommt zum Schluss, dass die Mitglieder der TVK den problematischen Aspekten sachgemäss Rechnung tragen, und stellt fest, dass die Anzahl der heiklen Fälle sehr tief ist. In den letzten 20 Jahren gab es auf 11'000 Entscheide 12 Rekurse, lediglich 6 davon von einer Minderheit der TVK. Die KSSG sieht daher keinen Handlungsbedarf.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

Pflegegesetz soll bezüglich Langzeitpsychiatrie überprüft werden

Wie könnte ein zeitgemässes Vergütungssystem für die Pflege, Betreuung und Unterbringung von betagten pflegebedürftigen Psychiatriepatienten in der Langzeitpflege aussehen, das die tatsächlichen Aufwendungen deckt? Dies wollte FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer mit einem Postulat vom Regierungsrat wissen, wobei der Fokus auf der finanziellen Beteiligung des Kantons an dieser Schnittstellenaufgabe von Gemeinden und Kanton liegen sollte. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) hat den Bericht des Regierungsrates zur Kenntnis genommen und beantragt dem Kantonsrat, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([5754](#)). Weitere Antworten verspricht sich die Kommission vom Bericht des Regierungsrates zu einem weiteren Postulat von Astrid Furrer betreffend zeitgemässe Spital- und Pflegefinanzierung (KR-Nr. 12/2020). Die KSSG sieht ein generelles Problem in der Langzeitpsychiatrie und stellt fest, dass das Pflegegesetz einer Überprüfung unterzogen werden sollte.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

Keine zwingende öffentliche Ausschreibung für den Betrieb des Aerztefons gefordert

Gemeinsam beraten wird der Kantonsrat drei parlamentarische Initiativen (PI) der GLP, welche die Triagestelle zur Koordination der Notfalldienste und Patientenvermittlung, das sogenannte Aerztefon, betreffen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat, alle drei PI abzulehnen. Die Initiative von Altkantonsrat Daniel Häuptli, mit der eine zwingende öffentliche Ausschreibung für den Betrieb des Aerztefons gefordert wurde, beantragt die Mehrheit der Kommission allerdings in geänderter Form zur Annahme ([KR-Nr. 358/2017](#)). Mit 11 zu 4 Stimmen beantragt sie, eine Kann-Formulierung in das Gesundheitsgesetz aufzunehmen, wonach die Gesundheitsdirektion den Betrieb des Aerztefons ohne Ausschreibung an die Ärztesgesellschaft des Kantons Zürich (AGZ) übertragen kann, diese Übertragung jedoch nicht zwingend ist. Die Kommissionsmehrheit begründet dies damit, dass sich das Aerztefon der AGZ bewährt habe und in der aktuellen Situation der Corona-Pandemie eine wichtige Rolle einnehme. Die Forcierung einer Neuausschreibung sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Eine Minderheit aus GLP und FDP hält an der Forderung der ursprünglichen PI fest. Sie ist der Ansicht, dass es zwingend eine Ausschreibung für den Betrieb der Triagestelle brauche. Die SVP-Fraktion hat am vergangenen Montag einen Änderungsantrag zu diesem Minderheitsantrag gestellt. Sie will sich der Forderung von GLP und FDP anschliessen, wenn die Ausschreibungspflicht – so ihr Kompromissvorschlag – um vier Jahre verschoben wird. Sind GLP und FDP damit einverstanden, könnte es im Rat für die geänderte PI doch noch eine Mehrheit geben.

Kaum Unterstützung erhielten in der KSSG die beiden anderen PI. GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler will den Gemeinden die Möglichkeit geben, die Koordination der Notfalldienste auch

anderweitig als über das Aertzefon sicherzustellen. Weil sich die Aertzefon-Telefonnummer bei den Bürgerinnen und Bürgern aber etabliert hat, will die grosse Mehrheit der Kommission nicht auf unterschiedliche, individuelle Lösungen im Kanton zurückgehen. Dies würde ihrer Meinung nach zu Verwirrung führen, weshalb sie die PI mit 14 zu 1 Stimmen ablehnt ([KR-Nr. 359/2017](#)). Eine GLP-Minderheit hält an der PI fest.

Gar einstimmig spricht sich die Kommission gegen die PI von GLP-Kantonsrat Ronald Alder aus. Dieser fordert für die Gemeinden eine Beschränkung der Kosten der Triagestelle auf maximal Fr. 2.00 pro Einwohnerin oder Einwohner ([KR-Nr. 360/2017](#)). Da die Kosten nach Angaben des Regierungsrates deutlich tiefer ausgefallen sind als ursprünglich erwartet und sich in der mit der PI geforderten Grössenordnung bewegen, erachtet die KSSG eine Gesetzesanpassung als unnötig.

KSSG-Präsident: Benjamin Fischer (SVP, Volketswil), 079 394 13 37

Minderheit FDP: Jörg Kündig (FDP, Gossau), 079 412 58 61

Minderheit GLP: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Verstärkte Notfalldienst-Aufsicht und neue Ombudsstelle im Gesundheitswesen

Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er sich mit weiteren Vorstössen zu Gesundheitsthemen auseinandersetzen. AL-Kantonsrätin Nicole Wyss verlangt mit einer ursprünglich von Altkantonsrat Kaspar Bütikofer eingereichten und von SVP und Grünen unterstützten Motion gesetzliche Grundlagen, um die Aufsicht über den Notfalldienst zu verstärken ([KR-Nr. 150/2019](#)). Mitte-Kantonsrat Lorenz Schmid fordert mit einer von SP und GLP unterstützten Motion die Schaffung einer zentralen, unabhängigen Ombudsstelle für ambulante und stationäre Patientinnen und Patienten sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitswesens ([KR-Nr. 269/2020](#)). Der Regierungsrat beantragt, beide Vorstösse abzulehnen.

Nicole Wyss (AL, Zürich), nicole-wyss@gmx.net

Lorenz Schmid (Die Mitte, Männedorf), 079 923 13 10

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Benno Scherrer, Kantonsratspräsident, 077 445 44 49

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12